

Protokoll 44. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. März 2015, 17.00 Uhr bis 19.40 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 118 Mitglieder

Abwesend: Martin Abele (Grüne), Petek Altinay (SP), Roger Bartholdi (SVP), Cordula Bieri (Grüne), Rosa Maino (AL), Thomas Osbahr (SVP), Heinz Schatt (SVP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. [2015/49](#) * Weisung vom 25.02.2015: FV
Liegenschaftenverwaltung, Tauschvertrag mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft bezüglich Wohnliegenschaften Hörnlistrasse 11, Quartier Oerlikon, und Ueberlandstrasse 194 und 196, Quartier Schwamendingen, Vertragsgenehmigung
3. [2015/33](#) * Postulat von Rosa Maino (AL) und Walter Angst (AL) vom VSS
E 28.01.2015:
Pilotprojekt mit gebundenen Tagesschulen, Planung einer stabilen und überschaubaren Mittagsbetreuung für die Kindergarten- und Unterstufenkinder
4. [2015/28](#) Beschlussantrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) vom 28.01.2015:
Tätigkeitsbericht 2014 der Geschäftsprüfungskommission (GPK)
6. [2014/304](#) Weisung vom 01.10.2014: VHB
VSS Immobilien-Bewirtschaftung, Kauf der Liegenschaft Florhofgasse 6 für die Musikschule Konservatorium Zürich und bauliche Sofortmassnahmen, Objektkredit
7. [2014/305](#) Weisung vom 01.10.2014: FV
Finanzdepartement, Stiftung Zürcher Lehrhaus, wiederkehrender jährlicher Beitrag von Fr. 150 000.– für die Jahre 2015 und 2016
8. [2014/366](#) Weisung vom 19.11.2014: FV
Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, Kenntnisnahme Rechnung und Geschäftsbericht 2013 durch den Gemeinderat

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|--|----|
| 10. | 2014/176 | A/P | Motion der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 04.06.2014:
Änderung der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR), zentrale Koordination und einheitliche Regelung der Lohnfortzahlungen und Abfindungen nach Entlassungen | FV |
| 11. | 2014/296 | | Interpellation von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 17.09.2014:
Projektideen privater Investoren für ein Fussballstadion auf dem Hardturmareal, mögliche Kriterien für künftige Projektlösungen | FV |
| 15. | 2014/358 | A | Postulat von Urs Fehr (SVP) und Katharina Widmer (SVP) vom 12.11.2014:
Verkauf des Kochareals in Altstetten an den Meistbietenden | FV |
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

An der nachfolgenden Fraktionserklärung werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

767. 2015/69 Erklärung der Grüne-Fraktion vom 11.03.2015: Neue Planaufgabe Rämistrasse

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Rämistrasse
Veloförderung abgesagt – Masterplan Hochschule gefährdet

Erst drei Monate ist es her, dass dieses Parlament die Kredite für einen Umbau der Rämistrasse abgelehnt hat. Mit gutem Grund: Die Rämistrasse hat eine besondere Bedeutung sowohl für die Fussgängerinnen und Fussgänger wie auch für die Velofahrenden. Die Rämistrasse ist die zentrale Verbindung von See/Bellevue/Stadelhofen zum Pfauen und ins gesamte Hochschulgebiet, sie ist als einzige Verbindung topographisch geeignet und kann schlicht und einfach nicht umfahren werden.

Drei Monate nach der Budgetdebatte legt uns der Tiefbauvorsteher eine neue Planung für die Rämistrasse vor. Wer nun der Meinung war, dass die Planung den Verkehrsbedürfnissen, aber auch den Wünschen des Parlaments entsprechend, angepasst worden ist, wird eines Besseren belehrt. Die Trottoirs für Fussgänger und Fussgängerinnen werden auch im neuen Projekt verschmälert. Am engsten Punkt sind sie noch genau 1.82 m breit. Der Veloweg bergwärts, der ursprünglich auf dem Trottoir geplant war, wird gänzlich gestrichen; es gibt keine einzige Velomassnahme bergwärts mehr. Aber natürlich werden die Fahrspuren für die Autos talwärts auf komfortable 3.5 m verbreitert.

Was interessiert denn ein regionaler Richtplaneintrag für einen Veloweg, was ein Eintrag in der Gemeindeordnung, der entlang von Hauptachsen ein durchgehendes Velowegnetz verlangt: Petitesessen, die pragmatisch einfach wegargumentiert werden.

Nun gibt es allerdings ein Problem: Es ist der Masterplan Hochschulgebiet. Bei einem Ausbau wird mit einer Verkehrszunahme in der Morgenspitze um 45% gerechnet. Und ja, der MIV trägt gar nichts zu Lösung dieses Problems bei.

«Diese Mehrnachfrage muss je zur Hälfte vom ÖV und vom Fuss- und Veloverkehr übernommen werden»,

sagt uns der Bericht des Regierungsrates zum Masterplan Hochschulgebiet vom 9. Mai 2014. Und weiter: Für FussgängerInnen «attraktivere Verbindungen entstehen auch zwischen Bahnhof Stadelhofen» und Hochschulgebiet. Und besonders beachtenswert: «Für den Veloverkehr sind verschiedene Lücken zu schliessen und direkte Verbindungen zu realisieren.» Als einer der zentralen Verbindungen ist selbstverständlich die Rämistrasse erwähnt.

Immerhin, bis zur nächsten Budgetdebatte bleiben noch neun Monate Zeit, bis der Tiefbauvorsteher ein neues Projekt ausarbeiten kann, das nicht nur dem Regierungsrat, sondern auch dem Willen dieses Parlamentes entspricht. Wenn das nicht gelingt, wird der Masterplan Hochschule toter Buchstabe bleiben, ganz einfach, weil die Hochschulen einen Anschluss an die moderne Welt nicht mehr gewährleisten können.

Geschäfte

768. 2015/49

**Weisung vom 25.02.2015:
Liegenschaftsverwaltung, Tauschvertrag mit der Schweizerischen Eidgenossenschaft bezüglich Wohnliegenschaften Hörnlistrasse 11, Quartier Oerlikon, und Ueberlandstrasse 194 und 196, Quartier Schwamendingen, Vertragsgenehmigung**

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 9. März 2015

769. 2015/33

**Postulat von Rosa Maino (AL) und Walter Angst (AL) vom 28.01.2015:
Pilotprojekt mit gebundenen Tagesschulen, Planung einer stabilen und überschaubaren Mittagsbetreuung für die Kindergarten- und Unterstufenkinder**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Roland Scheck (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

770. 2015/28

**Beschlussantrag der Geschäftsprüfungskommission (GPK) vom 28.01.2015:
Tätigkeitsbericht 2014 der Geschäftsprüfungskommission (GPK)**

Michael Schmid (FDP) begründet den Beschlussantrag (vergleiche Beschluss-Nr. 688/2015).

Es wird kein Ablehnungsantrag gestellt.

Der Rat stimmt dem Beschlussantrag mit 113 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Vom Tätigkeitsbericht 2014 der GPK Stadt Zürich wird Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat

771. 2014/304

Weisung vom 01.10.2014:

Immobilien-Bewirtschaftung, Kauf der Liegenschaft Florhofgasse 6 für die Musikschule Konservatorium Zürich und bauliche Sofortmassnahmen, Objektkredit

Antrag des Stadtrats:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für den Erwerb der Liegenschaft Florhofgasse 6, 8001 Zürich, Kat.-Nr. AA2984, in das Verwaltungsvermögen der Immobilien-Bewirtschaftung wird ein Objektkredit von Fr. 30 100 000.– (einschliesslich Gebühren) bewilligt.

Für die Instandsetzung und Anpassung der Liegenschaft Florhofgasse 6 an Auflagen wird ein Objektkredit von Fr. 3 500 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (1. April 2014) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz und vorbehältlich der Beschlussfassung von Ziff. A. durch die Gemeinde:

Der Kaufvertrag mit der Förderstiftung Musikschule Konservatorium Zürich, Weinbergstrasse 29, 8006 Zürich, über den Erwerb des 2545 m² grossen Grundstücks Kat.-Nr. AA2984 mit Gebäude Vers.-Nr. 1073 an der Florhofgasse 6 im Quartier Altstadt zum Preis von Fr. 30 000 000.– (Fr. 28 475 000.– plus Reservationsgebühr von Fr. 1 525 000.–) wird genehmigt.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Mark Richli (SP)

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit dem Auftrag, mit der Stiftung Musikschule Konservatorium Zürich einen realistischeren, auf dem städtischen Schätzwert beruhenden Kaufpreis auszuhandeln.

Mehrheit:	Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Martin Götzl (SVP), Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Rosa Maino (AL), Referentin
Enthaltung:	Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Markus Merki (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 21 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt A

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt A.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts A.

Mehrheit:	Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 2 Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 20 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über den Dispositivpunkt B

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zum Dispositivpunkt B.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des Dispositivpunkts B.

Mehrheit:	Mark Richli (SP), Referent; Präsidentin Christina Hug (Grüne), Cordula Bieri (Grüne), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Christian Huser (FDP), Severin Pflüger (FDP), Hans Urs von Matt (SP)
Minderheit:	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Martin Götzl (SVP)
Enthaltung:	Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 19 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für den Erwerb der Liegenschaft Florhofgasse 6, 8001 Zürich, Kat.-Nr. AA2984, in das Verwaltungsvermögen der Immobilien-Bewirtschaftung wird ein Objektkredit von Fr. 30 100 000.– (einschliesslich Gebühren) bewilligt.

Für die Instandsetzung und Anpassung der Liegenschaft Florhofgasse 6 an Auflagen wird ein Objektkredit von Fr. 3 500 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung der Kostenschätzung (1. April 2014) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz und vorbehältlich der Beschlussfassung von Ziff. A. durch die Gemeinde:

Der Kaufvertrag mit der Förderstiftung Musikschule Konservatorium Zürich, Weinbergstrasse 29, 8006 Zürich, über den Erwerb des 2545 m² grossen Grundstücks Kat.-Nr. AA2984 mit Gebäude Vers.-Nr. 1073 an der Florhofgasse 6 im Quartier Altstadt zum Preis von Fr. 30 000 000.– (Fr. 28 475 000.– plus Reservationsgebühr von Fr. 1 525 000.–) wird genehmigt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. März 2015 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

772. 2014/305**Weisung vom 01.10.2014:****Finanzdepartement, Stiftung Zürcher Lehrhaus, wiederkehrender jährlicher Beitrag von Fr. 150 000.– für die Jahre 2015 und 2016**

Antrag des Stadtrats:

Der Stiftung Zürcher Lehrhaus wird für die Jahre 2015 und 2016 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 150 000.– gewährt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung: Dr. Esther Straub (SP)

Änderungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Der Stiftung Zürcher Lehrhaus wird für die Jahre 2015 und 2016 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 100 000.– ~~Fr. 150 000.–~~ gewährt.

Mehrheit:	Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Walter Angst (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Adrian Gautschi (GLP), Eva Hirsiger (Grüne), Dr. Pawel Silberring (SP)
Minderheit:	Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Referent; Dr. Bettina Balmer (FDP), Urs Fehr (SVP), Katharina Widmer (SVP)
Abwesend:	Linda Bär (SP), Martin Luchsinger (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen zu.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit:	Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Präsident Dr. Davy Graf (SP), Vizepräsident Matthias Probst (Grüne), Walter Angst (AL) i. V. von Niklaus Scherr (AL), Adrian Gautschi (GLP), Eva Hirsiger (Grüne), Dr. Pawel Silberring (SP)
Minderheit:	Dr. Christoph Luchsinger (FDP), Referent; Dr. Bettina Balmer (FDP), Urs Fehr (SVP), Katharina Widmer (SVP)
Abwesend:	Linda Bär (SP), Martin Luchsinger (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 38 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Der Stiftung Zürcher Lehrhaus wird für die Jahre 2015 und 2016 ein jährlich wiederkehrender Betriebsbeitrag von Fr. 150 000.– gewährt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. März 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 17. April 2015)

773. 2014/366**Weisung vom 19.11.2014:****Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen, Kenntnisnahme Rechnung und Geschäftsbericht 2013 durch den Gemeinderat**

Antrag des Stadtrats:

1. Die Rechnung 2013 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Rechnung 2013 wird zugleich auch als Geschäftsbericht 2013 zur Kenntnis genommen.

Referent zur Vorstellung der Weisung: Dr. Urs Egger (FDP)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 1:

1. Die Rechnung 2013 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Roger Liebi (SVP), Martin Bürlimann (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Enthaltung:	Vizepräsident Walter Angst (AL)
Abwesend:	Dr. Urs Egger (FDP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 40 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Roger Liebi (SVP), Martin Bürlimann (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Enthaltung:	Vizepräsident Walter Angst (AL)
Abwesend:	Dr. Urs Egger (FDP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 39 Stimmen zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Die Rechnung 2013 wird zugleich auch als Geschäftsbericht 2013 ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Roger Liebi (SVP), Martin Bürlimann (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
 Enthaltung: Vizepräsident Walter Angst (AL)
 Abwesend: Dr. Urs Egger (FDP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 40 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
 Minderheit: Roger Liebi (SVP), Martin Bürlimann (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
 Enthaltung: Vizepräsident Walter Angst (AL)
 Abwesend: Dr. Urs Egger (FDP), Referent Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 69 gegen 40 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Die Rechnung 2013 der Stiftung für bezahlbare und ökologische Wohnungen wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Rechnung 2013 wird zugleich auch als Geschäftsbericht 2013 zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 18. März 2015 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

774. 2014/176

Motion der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 04.06.2014:

Änderung der Verordnung über das Arbeitsverhältnis des städtischen Personals (PR), zentrale Koordination und einheitliche Regelung der Lohnfortzahlungen und Abfindungen nach Entlassungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Rebekka Wyler (SP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 107/2014) und ist nicht einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Die Motion wird mit 115 gegen 1 Stimmen dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

**775. 2014/296
Interpellation von Mauro Tuena (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 17.09.2014:
Projektideen privater Investoren für ein Fussballstadion auf dem Hardturmareal,
mögliche Kriterien für künftige Projektlösungen**

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation (STRB 138 vom 25. Februar 2015).

Mauro Tuena (SVP) nimmt Stellung.

Das Geschäft ist erledigt.

**776. 2014/358
Postulat von Urs Fehr (SVP) und Katharina Widmer (SVP) vom 12.11.2014:
Verkauf des Kochareals in Altstetten an den Meistbietenden**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Urs Fehr (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 501/2014).

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 38 gegen 75 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

**777. 2015/70
Postulat von Andrea Nüssli (SP) und Simone Brander (SP) vom 11.03.2015:
Verbesserung der Bus-Anbindung des Rütihofquartiers an die Stadtbahnhöfe
Oerlikon und Altstetten**

Von Andrea Nüssli (SP) und Simone Brander (SP) ist am 11. März 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die Bus-Anbindung des Rütihofquartiers an die Stadtbahnhöfe Oerlikon und Altstetten verbessert werden können. Dazu soll insbesondere geprüft werden, wie der Takt der Buslinie 89 am Tag verdichtet und bis Mitternacht und an sieben Wochentagen ausgebaut werden kann.

Begründung:

Das Quartier Rütihof in Höngg ist heute täglich lediglich mit der Buslinie 46 und mit einer relativ langen Reisezeit mit dem Hauptbahnhof verbunden. Mit dem Abbau des S-Bahn-Angebots am Bahnhof Wipkingen ist die Anbindung an den Bahnverkehr massiv verschlechtert worden. Dieser Verlust ist besonders gravierend, weil damit gleichzeitig die Verbindung nach Zürich Nord bzw. zum wichtigen Knoten-Bahnhof Oerlikon verschlechtert wurde.

Deshalb ist es wichtig, die Bus-Verbindung vom Rütihof an die Bahnhöfe Altstetten und Oerlikon zu verbessern und in kürzeren Abständen zu führen. Damit werden viele Arbeitsgebiete und die beiden Stadtbahnhöfe besser verknüpft.

Die Buslinie 89 könnte eine wichtige Verbindung zwischen den Stadtbahnhöfen Altstetten und Oerlikon sein, wenn die verlängerte Linie ein adäquates Taktangebot aufweisen würde. Die Linie 89 ist heute zeitweise überlastet und erst ab Bahnhof Altstetten in Richtung Wiedikon in einer ansprechenden Häufigkeit unterwegs. Heute wird die Buslinie 89 ab Rütihof nur im 15-Minuten-Takt und nicht über die ganze Betriebszeit geführt, bzw. am Sonntag gar nicht. Mit einer tangentialen Buslinie können verschiedene Aussenquartiere rasch und ohne Umweg über den Hauptbahnhof erschlossen werden. Dadurch wird die Buslinie 46 und der Druck auf den Hauptbahnhof entlastet.

Mitteilung an den Stadtrat

778. 2015/71
Postulat von Felix Moser (Grüne) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) vom 11.03.2015:
Verzicht auf eine Helikopter-Unterstützung bei der Bewirtschaftung der Waldgebiete der Stadt

Von Felix Moser (Grüne) und Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP) ist am 11. März 2015 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie in dem von der Stadt Zürich bewirtschafteten Wald auf Helikopter-unterstützte Holzerei-Arbeiten verzichtet werden kann. Eine Ausnahmeregelung soll bloss für diejenigen Gebiete in Erwägung gezogen werden, die aus topografischen Gründen nicht anders erschlossen werden können.

Begründung:

Zur Bewirtschaftung der Waldgebiete der Stadt Zürich müssen Bäume gefällt werden. Für solche Holzerei-Arbeiten kommen regelmässig auch Helikopter zum Einsatz, wie der Antwort des Stadtrats auf die Schriftliche Anfrage (GR Nr. 2014/115) zu entnehmen ist. Aktuell werden zum Beispiel am Zürichberg im Peterstobel Holzerei-Arbeiten mit Helikopter-Unterstützung durchgeführt.

Angesichts der hohen Kosten und der umstrittenen Umweltverträglichkeit von Holzschlag mit Helikopter-Unterstützung auf dem gut erschlossenen Stadtgebiet, erscheint der Einsatz dieser Technik für Waldarbeiten in Zürich weitgehend fraglich. Hinzu kommt, dass der Lärm zu unnötigen Beeinträchtigungen der Bevölkerung führt, die mittels Anwohner-Informationen entsprechend im Voraus benachrichtigt werden müssen.

Der Nutzen von Holzschlag mit Helikopter-Unterstützung auf dem Gebiet der Stadt Zürich ist aus ökologischer und finanzieller Sicht zweifelhaft. Dies zumal verschiedene Alternativen zur Verfügung stehen: So kann weiterhin konventionell mit Traktoren oder in steilen Gebieten mit Seilbahnen gearbeitet werden. Auch der Einsatz von Pferden – wie er Medienberichten zufolge in Winterthur stattfindet – könnte eine umweltverträgliche und flexible Lösung darstellen. Schliesslich könnte man Totholz vermehrt liegen lassen und somit einen Beitrag zur Sicherung der Biodiversität leisten.

Mitteilung an den Stadtrat

Die zwei Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

779. 2015/72
Schriftliche Anfrage von Samuel Balsiger (SVP) und Roland Scheck (SVP) vom 11.03.2015:
«Lies!»-Koranverteilaktionen der salafistischen Gruppierung «Die wahre Religion», Rahmen und Umfang der Prüfung von Veranstaltungsgesuchen sowie Berücksichtigung von Beschlüssen ausserkantonaler oder ausländischer Behörden

Von Samuel Balsiger (SVP) und Roland Scheck (SVP) ist am 11. März 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die salafistische Gruppierung «Die wahre Religion» verteilt auch in der Stadt Zürich regelmässig Korane, um für ihre radikale Auffassung des Islam zu werben. Die salafistische Gruppierung hat ihren Ursprung in Deutschland. Dort steht sie unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Die Sicherheitsbehörden untersuchten unter anderem die Biografien von 378 Islamisten. Dabei wurde festgesellt, dass jeder Fünfte, der in den Dschihad («Heiliger Krieg») reiste, anlässlich der «Lies!»-Koranverteilkaktion radikalisiert wurde.

Anfang März 2015 wurde gemäss verschiedenen Medienberichten ein weiterer Fall bekannt: Ein 21-Jähriger, der aus einer türkischen Grossfamilie stammt und den Schweizer Pass hat, reiste nach Syrien. Dort schloss er sich einer islamistischen Terrororganisation an. Zudem hält er im Kriegsgebiet seine Frau gegen ihren Willen fest. Er soll auch gegen unser Land Drohungen wie folgt ausgestossen haben: «Ich bin hergekommen, um die Köpfe der Kufar («Ungläubigen», Anm.) abzuschlagen. Irgendwann sind wir in der Schweiz.» Auffallend: Der Dschihadist nahm in der Stadt Zürich aktiv an der «Lies!»-Koranverteilkaktion teil.

Mehrere europäische Städte bewilligen die «Lies!»-Koranverteilkaktion nicht mehr oder bereiten diesen Schritt vor. Auch in der Schweiz warnen verschiedene Experten schon länger vor den Salafisten. Valentina Smajli vom Forum für einen fortschrittlichen Islam bezeichnet die salafistische Gruppierung «Die wahre Religion» als «Sprungbrett zum Terror».

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie beurteilt der Stadtrat die «Lies!»-Koranverteilkaktion?
2. Wie gewichtet der Stadtrat extremistische Ideologien im Rahmen der Erteilung von Veranstaltungsbewilligungen?
3. Inwieweit werden im Rahmen der Prüfung von Veranstaltungsgesuchen Beschlüsse ausserkantonaler oder ausländischer Behörden berücksichtigt?
4. Welche Voraussetzungen und Vorkommnisse müssten gegeben sein, damit einer Gruppierung keine Bewilligung mehr erteilt wird?
5. Wie weit hat der Stadtrat Kenntnis darüber, welche Personen oder Organisationen hinter der salafistischen Gruppierung «Die wahre Religion» stehen?
6. Liegen dem Stadtrat Informationen oder Empfehlungen seitens Bund oder Kanton vor, welche Hinweise beziehungsweise Anleitungen zum Umgang mit der «Lies!»-Koranverteilkaktion geben? Falls ja, welchen Inhalts?

Mitteilung an den Stadtrat

780. 2015/73

Schriftliche Anfrage von Ursula Uttinger (FDP) und Severin Pflüger (FDP) vom 11.03.2015:

Baugenossenschaften mit Liegenschaften der Stadt im Baurecht, Anzahl und Grösse der Wohnungen, die dem Sozialdepartement zur Verfügung gestellt werden sowie mögliche Gegenleistungen für den Erhalt von Land im Baurecht

Von Ursula Uttinger (FDP) und Severin Pflüger (FDP) ist am 11. März 2015 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Diverse Baugenossenschaften, die im Baurecht von der Stadt Zürich Liegenschaften erhalten, sind verpflichtet, 1% der Wohnungen dem Sozialdepartement zur Verfügung zu stellen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Genossenschaften stellen wie viele Wohnungen dem Sozialdepartement zur Verfügung? Bitte aufschlüsseln nach Kreis und Wohnungsgrösse; ausserdem Veränderung über die letzten 10 Jahre.
2. Welchen Anspruchsgruppen stellt das Sozialdepartement diese Wohnungen zur Verfügung? Bitte nach Anspruchsgruppen aufschlüsseln.
3. Welche Gegenleistungen müssen Wohnbaugenossenschaften leisten, wenn sie anstelle einer Liegenschaft Land im Baurecht erhalten?
4. Erachtet es der Stadtrat als genügend, nur 1% der Wohnungen dem Sozialdepartement zur Verfügung zu stellen?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

- 781. 2014/142**
SK SD, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle des zurückgetretenen Peter Schick (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2014–2018

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 9. März 2015):

Jonas Steiner (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

- 782. 2015/35**
Dringliche Schriftliche Anfrage von Gabriela Rothenfluh (SP), Dr. Esther Straub (SP) und 41 Mitunterzeichnenden vom 28.01.2015:
Strategische Neuausrichtung der Fachschule Viventa, Hintergründe zu den neuen Vorgaben für das Kursangebot sowie Folgen und allfällige Massnahmen für die betroffenen Lehrpersonen

Der Stadtrat beantwortet die Dringliche Schriftliche Anfrage (STRB 139 vom 25. Februar 2015).

- 783. 2014/396**
Schriftliche Anfrage von Corinne Schäfli (AL) und 1 Mitunterzeichnenden vom 03.12.2014:
Verankerung von «Home Office» in der städtischen Verwaltung, Chancen und Risiken entsprechender Vereinbarungen sowie weitere Entwicklung der Angebote

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 137 vom 25. Februar 2015).

- 784. 2014/121**
Weisung vom 14.05.2014:
Immobilien-Bewirtschaftung, Ausbildungszentrum Rohwiesen, Opfikon, Erweiterung und Instandsetzung, Erhöhung des Projektierungskredits

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 14. Januar 2015 ist am 20. Februar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. März 2015.

- 785. 2014/217**
Weisung vom 02.07.2014:
Verkehrsbetriebe und Immobilien-Bewirtschaftung, Areal Herdern-, Bienen- und Bullingerstrasse, Erweiterung der VBZ-Busgarage Hardau und Ersatzneubau ERZ-Werkhof, Projektierungskredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 14. Januar 2015 ist am 20. Februar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. März 2015.

- 786. 2014/248**
Weisung vom 20.08.2014:
Amt für Städtebau, Privater Gestaltungsplan «Areal Hornbach», Zürich-Riesbach, Kreis 8

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 14. Januar 2015 ist am 20. Februar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. März 2015.

- 787. 2014/249**
Weisung vom 20.08.2014:
Amt für Städtebau, Teilrevision der Bau- und Zonenordnung, Änderung des Zonenplans und Änderung des Quartiererhaltungszonenplans, Areal Hornbach, Zürich-Riesbach, Kreis 8

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 14. Januar 2015 ist am 20. Februar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. März 2015.

- 788. 2014/307**
Weisung vom 01.10.2014:
Immobilien-Bewirtschaftung, Ersatzneubau Alterszentrum Mathysweg, Quartier Albisrieden, Projektierungskredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 14. Januar 2015 ist am 20. Februar 2015 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 18. März 2015.

789. 2014/245**Weisung vom 20.08.2014:****ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz, Metallrückgewinnung aus Kehrichtschlacke, Anpassung der Anlagen für den Schlackeaustrag, Objektkredit von 38,9 Mio. Franken**

Die Stimmberechtigten der Stadt Zürich haben in der Gemeindeabstimmung vom 8. März 2015 über folgende Vorlage entschieden:

2014/245 Weisung vom 20.08.2014:

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Kehrichtheizkraftwerk Hagenholz, Metallrückgewinnung aus Kehrichtschlacke, Anpassung der Anlagen für den Schlackeaustrag, Objektkredit von 38,9 Mio. Franken

75 000 Ja 6845 Nein

Nächste Sitzung: 18. März 2015, 17 Uhr.